

**Gemeinderat - öffentlich - vom 12.03.2013**  
**1) TOP Bürger fragen**

---

Keine.

**2) TOP 1-015/13 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 26.02.2013 gefassten Beschlüsse**

---

Der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 26.02.2013 gefasste Beschluss wird bekannt gegeben.

### 3) TOP 1-016/13 Gebührenhaushalte - kalkulatorische Zinsen

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**4) TOP 4-032/13 Eigenbetrieb Wasserversorgung / Rohrnetzmaterial 2013 - Vergabe Jahreslieferung**

---

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 7 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**5) TOP 4-029/13 Erschließung An der Halde II, Erweiterung 2013 in Pfohren /  
Vergabe - Bekanntgabe Eilentscheidung**

---

Die Eilentscheidung wird bekannt gegeben.

**6) TOP 4-033/13 Erschließung Alpenblick - Erweiterung / Heidenhofen - überplanmäßige Ausgabe**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## 7) TOP 4-031/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - 8. Zwischenbericht

---

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Um den Gemeinderat noch besser in das Projekt einbeziehen zu können, solle ein Projektbeirat gegründet werden. Je ein Delegierter aus allen Fraktionen sowie ein Vertreter des Architekturbüros, der Schule und der Verwaltung sollen sich künftig kurzfristig treffen, um Aktuelles zu beraten. Es sei wichtig, dass die Mitglieder aus diesem Beirat flexibel seien und kurzfristig eingeladen werden könnten.

Heute müsse der Gemeinderat über die vorgeschlagenen Einsparungen entscheiden. Sollte einzelnen Einsparvorschlägen nicht zugestimmt werden, müssten alternative Sparvorschläge gemacht werden. Sollten keine Alternativvorschläge aus der Mitte des Gemeinderates kommen, müsste sich dieser im Klaren sein, dass damit der Finanzrahmen erhöht würde.

Die Verwaltung werde künftig den Gemeinderat über die Kosten sehr transparent informieren. Diese Kostenübersichten sollen so wie die Anlagen 1 bis 4 der heutigen Sitzungsvorlage aufbereitet werden. Da in den heutigen Kostenübersichten erhebliche Fehler enthalten seien, werde die Verwaltung die Anlagen 1 bis 4 zurückziehen.

Herr Bunse erläutert anhand einer Power Point Präsentation die Einsparvorschläge, über die der Gemeinderat heute beraten und beschließen werde. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadtrat Hall: Die Gemeinderatssitzung am 29. Januar 2013 sei sehr emotional gewesen, da bei den Sitzungsunterlagen zum TOP Fürstenberg-Gymnasium Kostenübersichten gefehlt hätten. Er habe gehofft, dass zur heutigen Sitzung die Unterlagen zum TOP Fürstenberg-Gymnasium vollständig und gut aufbereitet seien. Dem sei aber leider nicht so. In den Kostenübersichten seien serienweise falsche Berechnungen und enorme Kostenmehrungen zu finden, ohne jedes Wort der Begründung. Es sei haarstreubend, dass ein Architekturbüro solche Kostenübersichten an den Gemeinderat weitergebe. Unverständlich sei aber auch, dass die Verwaltung diese Kostenübersichten nicht mehr kontrolliert habe.

Der Gründung eines Projektbeirates werde er zustimmen. In seinem ersten Zusammenkommen solle sich der Beirat über die aufgetretenen Fragen bezüglich der heutigen Anlagen ausführlich besprechen. Er erwarte eine Richtigstellung und eine Erklärung des Architekturbüros.

Um die Verwaltung zu entlasten, schlage er vor, dass ein externer Fachberater, der auf Honorarbasis arbeite, in Anspruch genommen werden solle. Offenbar werde diese Unterstützung benötigt, da beim Stadtbauamt die notwendige Arbeit nicht geleistet werden könne.

Die CDU-Fraktion werde den von der Verwaltung vorgeschlagenen Einsparungen, bis auf den kompletten Verzicht auf den Tiefhof, zustimmen. Mit dem Verzicht auf den Tiefhof würden sich die Kunsträume ins Obergeschoss verlagern und damit würde sich auch der naturwissenschaftliche Bereich zerteilen und es würde in das pädagogische Konzept eingegriffen. Das Raumkonzept solle nicht aufgegeben werden.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Es sei richtig, die Anlagen 1 bis 4 zurückzuziehen. Er schließe sich, was die Bewertung der Anlagen angehe, seinem Vorredner an.

Die Gründung einer Projektgruppe finde er sehr gut und werde dieser auch zustimmen.

Bezüglich der Einsparvorschläge könne er sich ebenfalls seinem Vorredner anschließen. Auf

den Tiefhof solle nicht verzichtet werden.

Stadtrat Karrer: Auch er werde sich für die Gründung eines Projektbeirates aussprechen. Dies sei eine sehr gute Maßnahme, um künftig den Gemeinderat intensiver und zeitnaher in das Projekt einzubeziehen. Auch den Einsparvorschlägen der Verwaltung werde er bis auf den Verzicht des Tiefhofes zustimmen. Die Auswirkungen in andere Bereiche seien mit dem Wegfall des Tiefhofes zu groß. Sollten die Kosten mit dem Bau des Tiefhofes auf insgesamt 9,6 Mio. € steigen, wäre dies für ihn durchaus vertretbar.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Auch sie halte die Gründung eines Projektbeirates für eine gute Idee und werde dieser auch zustimmen. Zu Beginn des Projektes habe das pädagogische Konzept gestanden. Erst dann sei man in die Kostenrechnung eingestiegen. Ein Fehler des Gemeinderates sei sicherlich gewesen, dass der „Puffer“ in Höhe von 400.000 € herausgenommen worden sei. Die bisherigen Nachträge seien inakzeptabel. Die Kostenüberschreitungen würden in keinsten Weise kommuniziert. Aufgrund dieser erheblichen Nachträge zweifle sie an der Sorgfältigkeit der Ausschreibungen. Eventuell könnte man dem Architekturbüro eine Vertragsverletzung vorwerfen.

Das Raumkonzept solle auf jeden Fall beibehalten werden. Aus diesem Grund werde die GUB-Fraktion auch gegen den Verzicht des Tiefhofes stimmen.

Stadtrat Kaiser: Es sei richtig gewesen, die Anlagen 1 bis 4 zurückzuziehen. Dennoch erwarte der Gemeinderat baldmöglichst eine Richtigstellung der Kostenübersichten. Auch er halte die Gründung eines Projektbeirates für gut. Dieser Beirat würde sicherlich den Informationsfluss verbessern.

Auch die Grünen-Fraktion spreche sich für den Erhalt des Tiefhofes aus. Eine Abweichung des bisherigen Konzeptes würde zu weiteren Abweichungen und zu Folgekosten führen. Es müsse auch wieder ein finanzieller „Puffer“ eingestellt werden, um eine Kostensicherheit für künftige Planungen zu erhalten.

Herr Böhm: (Direktor des Fürstenberg-Gymnasiums) Die Schule spüre die Kostensensibilität in der Bevölkerung und könne auch die neidischen Blicke der anderen Schulen verstehen. Aus diesem Grund habe die Schule den Sparvorschlägen nach außen hin nicht widersprochen. Intern habe der ein oder andere Sparvorschlag dann doch zu Irritationen in mehreren Fachschaften geführt. Der Erhalt des Tiefhofes werde aus schulischer Sicht sehr befürwortet. Es sei aber entscheidend, dass, wenn dieser gebaut würde, die Kunsträume größere Fenster für eine bessere Belichtung erhalten würden.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Wenn die Verwaltung mit der Einstellung eines externen Fachberaters entlastet werde, könne er diesem Vorschlag zustimmen.

Stadtrat Karrer: In diesem Jahr seien enorm viele Projekte durch das Stadtbauamt abzuwickeln. Aus diesem Grund solle diesem ein externer Fachmann als Entlastung zur Seite gestellt werden.

Herr Bunse: Der Statiker habe die Verwaltung informiert, dass durch die Wegnahme der Brüstung in den Kunsträumen Probleme auftreten würden. Es sei aber eine Lösung gefunden worden, die den Tiefhof auf 180.0000 €, statt wie geplant 154.000 €, verteuern werde.

Oberbürgermeister Frei: (Auf Anmerkung von Stadtrat Durler) Er teile die Einschätzung von Herrn Stadtrat Durler, dass es nur wenig bis gar kein Potential für weitere Einsparungen bei diesem Projekt mehr gebe.

Frau Steiert: (Architekturbüro Hotz) Aus ihrer Sicht sei auch das Stadtbauamt mitverantwort-

lich für die Kostenaufstellungen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt zur Umsetzung der am 24. April 2012 beschlossenen Einsparungen folgenden Planänderungen zu:

- Verzicht auf neuen Fassadenanstrich
- Einsparungen im naturwissenschaftlichen Bereich
- Verzicht auf extensive Begrünung Dach Lehrerbau
- Teilweise Verzicht auf Aulatechnik.

(32 Ja, 1 Enthaltung)

2. Der Gemeinderat stimmt dem Erhalt des Tiefhofes mit einer Kostensteigerung auf 180.000 € zu.

(32 Ja, 1 Enthaltung)

3. Der Gemeinderat stimmt der Hinzuziehung eines externen Fachberaters zur Begleitung der Baumaßnahme zu.

(32 Ja, 1 Nein)

4. Der Gemeinderat stimmt der Gründung eines Projektbeirates, mit je einem Vertretern aus jeder Fraktion, zu.

(32 Ja, 1 Enthaltung)

## 8) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

---

### **Bahnhofsunterführung / Videoüberwachung**

Stadträtin Zwetschke: Sie stelle den Antrag, aufgrund der aktuellen Ereignisse in einer der nächsten Sitzungen über eine Videoüberwachung in der Bahnhofsunterführung zu sprechen. Sie halte eine solche Videoüberwachung für sinnvoll und notwendig.

Oberbürgermeister Frei: Er unterstütze den Antrag und die Anbringung einer Videoüberwachung in der Bahnhofsunterführung. An dieser Stelle sei eine Videoüberwachung dringend geboten. In einer der nächsten Sitzungen werde dieser Punkt auf die Tagesordnung genommen.

### **Bürgerinitiative Wolterdingen**

Stadtrat Durler: Er möchte klarstellen, dass die Veranstaltung der Bürgerinitiative Wolterdingen, vom 10. März 2013, nicht als repräsentatives Spiegelbild des Befindens der Bürger im Ort bewertet werden könne. Die Initiative hätte kein Recht, für Wolterdingen zu sprechen. Der Bogen sei überspannt, wenn im Rahmen von Erschließungsbeiträgen, Anschlussbeiträgen und Hallennutzungsgebühren von Betrug gesprochen werde. Er möchte sich von der Art und Weise, wie die Bürgerinitiative vorgehe, distanzieren. Nicht verstehen könne er, dass der Bundestagsabgeordnete Siegfried Kauder bei der Bürgerversammlung anwesend gewesen sei.

Oberbürgermeister Frei: Zuerst einmal sei klar zu stellen, dass die Hinweise der Bürgerinitiative ernst genommen und auch berücksichtigt würden. Wäre die Verwaltung zu der Versammlung eingeladen gewesen, dann hätte sie auch schon vor Ort auf Fragen antworten und zu angesprochenen Themen Stellung nehmen können. Da aber keine Einladung erfolgt sei, sei auch kein Vertreter der Verwaltung oder der Ortsvorsteher bei dieser Versammlung anwesend gewesen.

Aufgrund der Brückensanierung sei es erforderlich, während der Bauzeit eine zweite Zufahrt in das Gewerbegebiet Längefeld zu haben. Ohne diese müsste ein Umweg von bis zu 26 km in Kauf genommen werden. Daher wäre es aus seiner Sicht ein großer Erfolg, wenn die zweite Zufahrt an das im Gewerbegebiet bereits bestehende Straßennetz angebunden werden könnte. Dies wäre eine gute und auch die richtige Lösung. Er werde diese unterstützen. Die Stadt müsste für die zweite Zufahrt lediglich die Planungskosten übernehmen. Diese Maßnahme würde aber nur dann umgesetzt, wenn die Wolterdinger Bürger und der Wolterdinger Ortschaftsrat dieser auch zustimmen würden. Diese Chance solle seiner Meinung nach genutzt werden, da das Land Baden-Württemberg sicherlich nicht auf absehbare Zeit eine komplette Ortsumgehung für Wolterdingen realisieren würde. Die Stadt werde dies auch nicht tun, da es sich um eine Landesstraße handle.

Zuletzt sei die Ortsumfahrung im Jahr 2007 abgelehnt worden. Auf sein Schreiben vom 18. September 2012 an den Landesverkehrsminister, in dem er darum gebeten habe, die Ortsumfahrung weiterhin im Blick zu behalten, habe das Land noch keine Antwort gegeben.

Die angekündigte Resolution der Bürgerinitiative sei noch nicht bei der Stadtverwaltung eingegangen.

Bezüglich der Anliegerbeiträge sei zu sagen, dass es sich bei der Beschwerde um einen einzelnen Bürger aus Wolterdingen handle. Dieser habe schon mehrfach umfangreiche Ant-

worten von der Verwaltung zu dieser Angelegenheit erhalten. Die Einholung eines externen Rechtsgutachtens bezüglich der Erschließungsbeiträge und Anschlussbeiträge sei aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig. Die Rechtslage sei völlig eindeutig.

Im Jahr 1990 habe der Gemeinderat im Rahmen einer Grundsatzdiskussion zur Vereinsförderung für alle Vereine die Zahlung von Betriebskostenanteilen eingeführt. Der Gemeinderat habe die Gleichbehandlung aller Vereine damit erreichen wollen.

Die Stadtverwaltung sei weiterhin Gesprächsbereit. Bei der ersten Gmnd im Jahr 2013 in Wolterdingen habe Ortsvorsteher Müller erläutert, dass eine öffentliche Sitzung stattfinden werde, sobald es Fakten zur Bregbrücke gebe. Diese lägen aber bis heute noch nicht vor.